

## **V-27 Humanität und Menschenrechte schützen! Eine humane Asylpolitik verteidigen!**

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 04.05.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Europa und insbesondere Deutschland bietet Frieden, Freiheit und Sicherheit -  
2 nicht nur den  
EU-Bürger\*innen, sondern auch Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen  
müssen.

3 Eine Asyl- und Migrationspolitik der Humanität und Menschenrechte ist  
4 Deutschlands  
5 historische, grundgesetzliche und völkerrechtliche Verpflichtung. Wir  
6 Bündnisgrüne in Berlin  
7 werden niemals unsere Verantwortung, unsere Menschlichkeit und unsere Empathie  
8 aufgeben. Im  
Zentrum unserer Politik steht immer der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Die  
Menschenrechte stehen über allem und sie gelten uneingeschränkt für alle. Wir  
stehen  
unverhandelbar zum Recht auf Asyl. Dafür werden wir immer und unnachgiebig  
kämpfen.

9 Wir nehmen den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt, wir sehen das Leid, und wir  
10 helfen, wo  
11 es nötig ist. Damit das gelingt, ist auch eine vorausschauende Politik notwendig,  
12 die mit  
dynamischen Situation gut umgehen kann. Das sichert, dass die Bevölkerung vor Ort  
den  
Menschen mit Respekt begegnet.

13 Wir setzen uns für legale und sichere Wege zu uns ein – die es im Moment leider  
14 nicht gibt  
15 –, denn sie sind das Gegenteil der menschenfeindlichen Festung Europa. Zugleich  
16 rufen wir  
die Bundesregierung dazu auf Fluchtursachen konsequent und umfassend zu  
bekämpfen, denn  
niemand sollte zum Verlassen der Heimat gezwungen werden.

17 Wir verteidigen das individuelle Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren  
18 Verpflichtungen  
19 aus der Genfer Flüchtlingskonvention. Dieses Bekenntnis wollen wir mit Leben  
20 erfüllen: Mit  
einer Politik, die reale Probleme anpackt und echte Lösungen entwickelt, anstelle  
Populismus  
und menschenfeindliche Positionen zu verbreiten.

21 Bürgermeister\*innen, Landrät\*innen, Kommunalparlamentarier\*innen, Verwaltungen in  
22 den  
23 Kommunen und Großstadtbezirken, Unternehmen und unzählige Freiwillige und  
zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten seit Jahren hart daran:

- 24 • Unterkünfte zu finden
- 25 • den Geflüchteten eine psychosoziale Beratung anzubieten
- 26 • mit Rechtsberatung faire Verfahren zu garantieren
- 27 • und mit Sprachkursen und Arbeitsplätzen eine schnelle Integration und  
28 bessere Teilhabe  
zu ermöglichen.

29 Für diese große Leistung gilt ihnen unser Dank! Aber Dank ist nicht genug. Es  
30 braucht auch  
tatkraftige Unterstützung.

### 31 **Unsere Politik im Bund**

32 Die Bundesregierung muss für eine dauerhafte, strukturelle Finanzierung durch den  
33 Bund  
34 sorgen, sodass Länder, Kommunen und Bezirke in Großstädten eine bessere  
35 Planungssicherheit  
36 haben und die Kommunen und Bezirke, die besonders viele Geflüchtete versorgen,  
auch mit mehr  
Geld unterstützt werden. Wir wollen die Aufnahmekapazitäten dauerhaft erhalten  
und  
vorhalten.

37 Die Bundesregierung hat zudem den Spurwechsel für Geduldete aus der Asyl- in die  
38 Erwerbsmigration geschaffen. Arbeit und Beschäftigung ist der stärkste Motor für  
39 Integration  
40 und stärkt zudem unsere Unternehmen, die händeringend nach Arbeits- und  
41 Fachkräften suchen.

42 Für uns gilt: Wer arbeiten kann, soll es auch dürfen. Wer hierher kommt, soll den  
43 Lebensunterhalt auch möglichst schnell selbst verdienen können. Deshalb sollten  
Arbeitserlaubnisse zügig und für längere Zeiträume erteilt und bürokratische  
Hürden wie die  
behördlichen Zustimmungserfordernisse abgeschafft werden.

44 Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Familiennachzug muss kommen, denn der im  
45 Grundgesetz  
46 verankerte „Schutz von Ehe und Familie“ muss auch im Asylrecht gelten. Die  
47 Verständigung der  
48 Ministerpräsident\*innenkonferenz (MPK), dass dieser nicht kommen soll,  
49 akzeptieren wir  
50 nicht. Durch die MPK wurde versucht ohne die notwendige Legitimation durch die  
51 Verfassungsorgane Fakten mit weitreichenden Konsequenzen zu schaffen. Wichtig  
52 ist, dass  
53 Menschen mit subsidiärem Schutz den nach der Genfer Flüchtlingskonvention  
54 anerkannten  
55 Geflüchteten gleichgestellt werden und ihre Familien zu sich holen dürfen. Eltern  
56 sollten  
57 bei einer Familienzusammenführung keine minderjährigen Geschwister von  
unbegleiteten  
Minderjährigen Geflüchteten zurücklassen müssen. Der erforderliche Sprachnachweis  
sollte  
ohne aufwendige Bewilligung erst nach Ankunft in Deutschland eingefordert werden.  
Unnötige  
bürokratische Hindernisse, wie die Überprüfung, ob Menschen in Deutschland eine  
eigene  
Wohnung und ein ausreichend hohes Einkommen haben, gehören abgeschafft. Zur  
Unterstützung  
und Beschleunigung des Prozesses sollte dringend der Personalmangel in deutschen  
Botschaften  
und Konsulaten angegangen werden.

#### 58 **Was das Land Berlin jetzt tun muss**

59 Für eine gelungene Migrationspolitik, Integration und bessere Teilhabe muss  
60 endlich auch  
61 Berlin handeln. Wir fordern Soforthilfen für die Bezirke bei der Unterbringung  
62 und  
63 Versorgung von Geflüchteten aus dem Landeshaushalt. Hilfen des Bundes müssen  
64 unverzüglich an  
65 die Bezirke weitergeleitet werden. Wir fordern eine Stärkung des Landesamtes für  
66 Einwanderung, schnellere Anerkennung von ausländischen Qualifikationen, und  
67 Beratungsstellen  
68 für Geflüchtete in ganz Berlin. Integrationsprozesse können digital schneller und  
69 reibungsloser erfolgen. Berlin muss die Vernetzung und Finanzierung dafür

70 stellen. Das  
71 Angebot für Sprachkurse und auch von begleitender Kinderbetreuung in Berlin muss  
ausgebaut  
werden, denn sie sind Grundbedingung für Integration und bestmögliche Chancen auf  
dem  
Arbeitsmarkt. Berlin muss wie der Bund eigene Immobilien für die Unterbringung  
von  
Geflüchteten bereitstellen. Eine dezentrale Unterbringung der Schutzsuchenden ist  
grundsätzlich vorzuziehen. Wenn Menschen die Möglichkeit haben aus  
Erstaufnahmezentren,  
Gemeinschafts- oder Übergangsheimen auszuziehen, muss dies gestattet und  
unterstützt werden.

72 Wir fordern die Berliner Landesregierung auf, das neue Chancenaufenthaltsrecht  
73 der  
74 Bundesregierung im Sinne der Geduldeten und der Berliner Unternehmen anzuwenden  
und die  
Abschiebungen von Menschen, die sich hier ein neues Leben aufbauen, endlich zu  
stoppen.

#### 75 **Für ein menschenrechtsbasiertes gemeinsames europäisches Asylsystem**

76 Zu den Grundwerten der Grünen gehört ein klares Bekenntnis zu Europa. Europa ist  
77 stark und  
78 handlungsfähig, wenn es zusammen steht, solidarisch ist und seine Werte  
79 selbstbewusst  
80 vertritt - nach Innen und nach Außen. Abschottung ist für uns keine Option -  
81 weder in Berlin  
82 noch an Europas Außengrenzen. Die großen Aufgaben unserer Zeit müssen  
83 grenzüberschreitend  
84 und europäisch angegangen werden. Das gilt insbesondere auch für das  
85 Handlungsfeld Flucht  
86 und Migration. Wir haben uns deshalb immer für ein gemeinsames europäisches  
Asylsystem  
(GEAS) eingesetzt, das wirksam, menschenrechtsbasiert und lösungsorientiert ist  
und das  
individuelle Recht auf Asyl wahrt. Der zuletzt durch die Bundesregierung  
verhandelte GEAS-  
Kompromiss erfüllt diese Kriterien eindeutig nicht. Wir sehen es als Fehler an,  
dass die  
Bundesregierung diesem Kompromiss zugestimmt hat und unterstützen die grüne  
Fraktion im  
Europaparlament, die im dortigen Innenausschuss das GEAS-Paket abgelehnt hat.

87 Wir sehen mit großer Sorge, dass weiter Haftlager mit menschenunwürdigen

88 Bedingungen an den  
89 Außengrenzen entstehen und auch vulnerable Menschen in diesen inhaftiert werden  
90 sollen. So  
ist z.B. nicht sichergestellt, dass Menschen mit Behinderungen eine Unterbringung  
entsprechend ihrer Bedürfnisse und entsprechend der UN-  
Behindertenrechtskonvention erhalten.

91 Außerdem sind für das Festsetzen während des Screenings oder der sogenannten  
92 Grenzverfahren  
93 keine Ausnahmen für Familien mit Kindern vorgesehen. Viele Kinder werden durch  
94 die Reform  
95 monatelang inhaftiert werden, was der UN-Kinderrechtskonvention widerspricht.  
96 Grenzverfahren  
97 dürfen nicht dazu führen, dass weitere Haftlager mit Zuständen wie in Moria an  
98 den  
Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden  
verletzen. Dass es  
keine juristische Gegenwehr gegen die Einordnung von Geflüchteten in  
Grenzverfahren gibt und  
diese sich erst nach Abschluss des Grenzverfahrens und womöglich kurz vor ihrer  
Abschiebung  
wehren können, ist mit unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit nicht  
vereinbar.

99 Ebenso befürchten wir, dass die Reform weiterhin Antworten auf die systematische  
100 Gewalt an  
101 den Außengrenzen ausspart und sie damit verstetigt. Im "Krisenfall" oder im Fall  
102 einer  
103 "Instrumentalisierung" können Rechte von Schutzsuchenden noch weiter beschränkt  
104 werden. Die  
vorgesehene Krisenverordnung gibt EU-Staaten die Möglichkeit Asylsuchenden  
temporär den  
Zugang zum EU-Asylsystem zu verweigern unabhängig davon aus welchem Land diese  
geflohen sind  
und welche Asylgründe sie angeben. Das lehnen wir ab.

105 Es gilt zu befürchten, dass durch die Umsetzung dieser Maßnahmen sowohl  
106 irreguläre Migration  
107 als auch Leid und Chaos an den europäischen Grenzen noch weiter zunehmen. Wir  
108 Bündnisgrüne  
109 kritisieren diese Reform, denn Asylrechtsverschärfungen haben in der  
110 Vergangenheit  
111 vielerorts das Chaos erst geschaffen, das wir jetzt sehen. Nichtsdestotrotz  
setzen wir uns  
nun konstruktiv für eine möglichst vernünftige und humane Umsetzung der  
Rechtsakte ein.

Außerdem gilt es nun umso mehr, Spielräume für Verbesserungen bei der nationalen Umsetzung zu nutzen.

112 **Menschenrechte wahren. Populistische Debatten beenden. Echte Lösungen vorantreiben.**

113 Der Zustand der vergangenen Jahre an den europäischen Außengrenzen, das Leid, das  
114 Chaos, der  
115 menschenrechtswidrige Umgang mit Geflüchteten, die Gewalt gegen Schutzsuchende,  
116 die  
117 Menschenrechtsverletzungen von Staaten außerhalb und insbesondere innerhalb der  
118 EU, und das  
Sterben im Mittelmeer sind unerträglich. Weder die Achtung der Menschenwürde, noch geordnete und rechtsstaatliche Verfahren sind gewährleistet. Auch das treibt viele Menschen zu einer weiteren Flucht innerhalb Europas.

119 Wir fordern, dass die EU die Einhaltung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher  
120 Verfahren  
121 flächendeckend überwacht und Verstöße wie Pushbacks und andere Gewalt gegen  
Schutzsuchende  
konsequent sanktioniert werden.

122 Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie zum Beispiel in den Iran, nach  
123 Syrien oder  
124 Afghanistan lehnen wir ab, auch wenn vereinzelt Teile dieser Staaten als  
125 vermeintlich  
126 sicher beurteilt werden. Wir lehnen es ab Drittstaaten als sicher zu definieren,  
127 nicht nur  
aber insbesondere wenn diese nicht die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert haben.  
Genauso lehnen wir es ab Menschen in Drittstaaten abzuschieben, zu denen sie keinen Bezug haben oder durch die sie während ihrer Flucht nur durchgereist sind.

128 Sowohl die zivile und staatliche Seenotrettung wollen wir stärken, besser  
129 koordinieren und  
130 ausreichend finanzieren und lehnen Kriminalisierungsversuche ab, denn das Sterben  
131 im  
132 Mittelmeer muss beendet werden. Wir nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass eine  
133 Gesetzeslücke  
134 im zuletzt durch den Bundestag beschlossenen Rückführungsverbesserungsgesetz die Seenotrettung von minderjährigen Geflüchteten und humanitäre Hilfe auf dem Land

kriminalisiert werden kann. Die Regierungskoalition sollte hier Klarheit schaffen und dieses Einfallstor für Kriminalisierung schnell wieder schließen.

135 Die Zusammenarbeit zwischen EU-Kommission und anderen EU-Staaten mit  
136 gewalttätigen Milizen wie der sogenannten libyschen Küstenwache muss beendet werden.

137 Wir halten fest, dass Asylrechtsverschärfungen Probleme lediglich verlagern und  
138 dazu Neue schaffen. Wir brauchen bessere Bedingungen für Geflüchtete und wirkliche  
139 europäische Solidarität statt Abschottung.